

Serbien

Sabine Willenberg

Nach Jahren des Zick-Zacks-Kurses im Verhältnis Serbien–EU sollte das Jahr 2012 endlich den europäischen Integrationsweg ebnet: Im März 2012 erhielt Serbien den lang ersehnten Kandidatenstatus, um den es sich 2009 beworben hatte und der den Proeuropäern auch für die Parlamentswahlen am 6. Mai 2012 Auftrieb geben sollte. Mit seinem Rücktritt bewirkte der langjährige Amtsinhaber Boris Tadic (Demokratische Partei, Demokratska Stranka – DS) außerdem Neuwahlen um das Präsidentenamt, die – mit der als sicher geltenden Wiederwahl Tadic – die europäische Orientierung Serbiens zusätzlich bekräftigen sollten.

Nur wenige Monate später stellen sich die Machtverhältnisse komplett anders dar, erscheint der serbische Europakurs schon wieder zweifelhafter denn je: Anders als in gleicher Konstellation bei Stichwahlen 2004 sowie 2008 und erstrangig der geringen Wahlbeteiligung geschuldet, siegte der aus dem radikal nationalistischen Lager um Vojislav Seselj stammende Präsidentschaftskandidat Tomislav Nikolic über Tadic. Von den Ultranationalisten hatte er sich 2008 mit seiner Serbischen Fortschrittspartei (Srpska Napredna Stranka – SNS) abgespalten, war seither trotz Bekundung einer proeuropäischen Orientierung aber mehrfach mit nationalistischen Verlautbarungen auffällig geworden.

Seine Macht sicherte er sich zusätzlich, indem er im Juni Ivica Dacic, den ehemaligen Weggefährten Slobodan Milosevics, mit der Regierungsbildung beauftragte: Anders als lanciert, führt Dacics Sozialistische Partei Serbiens (SPS) (in den Wahlen drittstärkste Kraft mit 14,54%) aber nicht als Juniorpartner die Koalition mit Tadic DS¹ fort, sondern koalitiert mit Nikolics SNS, die über die Liste „Setzen wir Serbien in Gang – Tomislav Nikolic“ mit 24,01% stärkste Kraft im Parlament wurde.² Ihr verhilft er damit erstmals zur Regierungsverantwortung – und Nikolic zur „proserbischen“ Machtsicherung auch im Präsidentenamt. Mit einer (proeuropäischen) Regierung aus SPS und DS wäre Nikolics Macht weitgehend auf protokollarische Funktionen beschränkt geblieben, denn die Verfassung weist wesentliche Machtbefugnisse dem Regierungschef zu – den die DS gestellt hätte.³ Dieses Gegengewicht fehlt nun in der neuen Machtkonstellation.

Verleihung des Kandidatenstatus mit Hürden

Ein Jahr zuvor gestaltete sich Serbiens EU-Kurs durchaus hoffnungsvoll: Mit der Verhaftung des meistgesuchten mutmaßlichen Kriegsverbrechers Ratko Mladic und seiner Überstellung an das Haager Kriegsverbrechertribunal (ICTY) Ende Mai 2011 erfüllte Serbien eine der dringlichsten Forderungen der EU. Dass Serbien damit nicht nur seinen Beitrag zur

1 Das von der DS geführte sozialliberale Bündnis „Wahl für ein besseres Leben – Boris Tadic“ errang bei den Mai-Wahlen 22,07%.

2 Den Sprung in die Skupstina schafften außerdem die Demokratische Partei Serbiens mit 7%, das Wahlbündnis „Preokret – Wende“ mit 6,53% und die Vereinten Regionen Serbiens mit 5,51%. Die nationalistische Serbische Radikale Partei blieb mit 4,61% unter der Fünfprozenthürde.

3 Vgl. Dusan Reljic in SWP Kurz gesagt, 21.05.2012: Serbien. Keine politische Kehrtwende nach Präsidentschaftswahl zu erwarten, <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/keine-politische-kehrtwende-zu-erwarten.html>.

Versöhnungsarbeit auf dem Balkan leisten wollte, sondern vor allem die versprochene Gegenleistung der EU erwartete, machte Präsident Tadic unversehens deutlich: „Ich hoffe, dass jetzt die Türen offen stehen.“⁴

Abgesehen von der Kritik an defizitären Wirtschaftsreformen fiel die Opinion der Europäischen Kommission zur Bewerbung Serbiens am 12. Oktober 2011 dann auch positiv aus. Sie bescheinigte Serbien respektable Fortschritte bezüglich der politischen Kriterien – Stabilität von Institutionen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz, selbst in der kritischen Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. Vor allem würdigte die Kommission die nunmehr vollständige Kooperation mit dem ICTY, außerdem die Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Die Übernahme des *acquis* traut die Kommission Serbien demnach mittelfristig zu, bei besonderer Beachtung der Bereiche Landwirtschaft, Justiz und Grundrechte sowie Finanzkontrolle. Die Vergabe des Kandidatenstatus empfahl sie dem Rat allerdings unter einer wichtigen Maßgabe: Zunächst solle Serbien deutlich Dialogbereitschaft mit dem Kosovo demonstrieren und seinerseits an der Implementierung der bislang erzielten Abkommen sowie an praktischen Lösungen für das Kosovo mitarbeiten.⁵

Angesichts des gleichzeitigen Wiederaufflammens gewaltsamer Handlungen im Nord-Kosovo geriet dieses Kriterium auf dem Dezembertreffen des Europäischen Rates 2011 in den Vordergrund: Die Verleihung des Kandidatenstatus wurde bis März 2012 ausgesetzt und von der Zusammenarbeit mit KFOR und EULEX abhängig gemacht.⁶

Absage an Europakurs? Dacic als Schlüsselfigur, Kosovo als Schlüsselthema

Das positive Zeugnis über die Kosovo-Kooperation, das der Rat Serbien mit dem Kandidatenstatus dann im März 2012 ausstellte, darf nicht über die Bedeutung hinwegtäuschen, die das Kosovo weiterhin im nationalen serbischen Verständnis genießt und die eine Anerkennung der Unabhängigkeit – zumal in der neuen Machthaberkonstellation – von Grund auf ausschließt. Bezeichnend dafür war nicht zuletzt der „fatale Symbolismus“⁷, indem Nikolic als Termin für die Beauftragung Dacics mit der Regierungsbildung ausgerechnet den 28. Juni wählte, den Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld, den Milosevic bei der 600-Jahrfeier 1989 zur Inszenierung und Installierung seiner autoritär-nationalistischen Macht genutzt hatte.

Mit seiner Entscheidung für die Koalition mit der SNS avancierte Dacic zur Schlüsselfigur. Seine Person ist gerade deshalb kaum weniger umstritten als Nikolic. Beide verlautbaren einen proeuropäischen Kurs, sind gewillt den Blick nach vorn zu richten, was aber auch heißt, dass sie ihn nicht nach hinten in Richtung Aufarbeitung der (eigenen) Vergangenheit wenden. Das Verhältnis ihres propagierten „proserbischen“ zum „proeuropäischen“ Kurs steht demnach noch zu beweisen und wird sich nicht zuletzt im Verhältnis zu den Nachbarn kristallisieren: Zwar betonte (Bald-EU-Mitglied) Kroatien angesichts der eigenen Erfahrung im Zwist mit Slowenien, bilaterale Streitigkeiten nicht zum Gegenstand einer Blockade der europäischen Integration der Nachbarn werden lassen zu wollen, zeigt sich nach der serbischen Wahl aber zumindest alarmiert.

4 Vgl. Mutmaßlicher Kriegsverbrecher Mladic verhaftet, in: DIE ZEIT online vom 26.05.2011.

5 European Commission (Brüssel, 12.10.2011, COM(2011) 668 final): Commission Opinion on Serbia's application for membership of the European Union.

6 Vgl. auch Böttger, Katrin/Bercio, Anne: A wake-up call from enlargement fatigue: The cases of Bosnia-Herzegovina and Serbia (IEP Policy Briefs on Enlargement and Neighbourhood, 1/2012), S. 4.

7 Deutsche Welle (29.06.2012): Verbündeter Milosevics wird serbischer Premier.